

ANFRAGE von Felix Hoesch (SP, Zürich), Tina Deplazes (Die Mitte, Hinwil), Manuel Sahli (Winterthur) und Benjamin Krähenmann (Grüne, Zürich)

Betreffend Wahl- und Abstimmungsmanipulation durch sogenannte soziale Netze, Bots und künstliche Intelligenz

Wahlen und Abstimmungen stellen das Fundament der direkten Demokratie dar. Im Zentrum steht, die Stimmbevölkerung von der eigenen Meinung zu überzeugen. Neben den inhaltlichen Argumenten war auch schon seit der Antike die Werbung ein wichtiges Mittel, um zu überzeugen. Heute wird dazu auch auf neuen, zumeist elektronischen und oft untereinander vernetzten Kanälen geworben, die von der Stimmbevölkerung oft schwierig einzuschätzen sind.

Mit den neusten Techniken der Steuerung von sozialen Netzen, bei denen auch künstliche Intelligenz (KI) im Spiel ist, kann man unter Umständen nicht nur von einer gezielten Abstimmungsbeeinflussung, sondern bereits von Wahl- oder Abstimmungsmanipulation sprechen. Bei den Präsidentschaftswahlen vom 24. November 2024 in Rumänien steht der dringende Verdacht zumindest im Raum, wie unter anderem beim Digital Forensic Research Lab¹ berichtet wird.

In der Europäischen Union (EU) wurde gestützt auf das Gesetz über digitale Dienste (DSA) ein förmliches Verfahren gegen TikTok in die Wege geleitet. Es geht bei diesem Verfahren darum, systemische Risiken im Zusammenhang mit der Integrität von Wahlen ordnungsgemäss zu bewerten und zu mindern².

Weder der Bund noch der Kanton Zürich kennen ein solches Instrument, obwohl wir uns dank unserer direkten Demokratie mit vielen Wahlen und Abstimmungen exponieren. Umso wichtiger ist es, dass wir uns mit diesem Thema auseinandersetzen und auf der Hut sind, damit unsere Wahlen und Abstimmungen fair und frei von Manipulation sind.

In diesem Zusammenhang bitten wir den Regierungsrat um die Beantwortung der folgenden Fragen:

1. Wie bewertet der Regierungsrat die Risiken von Wahlmanipulationen durch:
 - a. Gezielte Desinformationskampagnen in sozialen Medien;
 - b. Einsatz von KI-generierten Deepfakes und Falschinformationen;
 - c. Mikrotargeting von Wählergruppen?
2. Welche konkreten technischen und rechtlichen Massnahmen plant der Kanton, auch in Zusammenarbeit mit dem Bund, anderen Kantonen und den Gemeinden, um die Wahlintegrität zu schützen? Insbesondere:
 - a. Entwicklung von Erkennungssystemen für Manipulation durch KI
 - b. Regulierung von politischer Werbung in digitalen Medien
 - c. Aufklärungskampagnen für die Stimmberechtigten
 - d. Verbesserung der Medienkompetenz der Bevölkerung
3. Welche Lehren können aus internationalen Erfahrungen, insbesondere den Präsidentschaftswahlen vom 24. November 2024 in Rumänien, gezogen werden?

¹ <https://dfriab.org/2024/12/12/romania-candidate-telegram-tiktok>

² https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip_24_6487

4. Wie will der Kanton die Wahlbehörden darauf vorbereiten und die Zusammenarbeit mit Technologieunternehmen und Sicherheitsexpert:innen stärken?
5. Macht der Kanton Risikoabschätzungen für die Beeinträchtigung von Wahlergebnissen über elektronische Wege?

Felix Hoesch
Tina Deplazes
Manuel Sahli
Benjamin Krähenmann